

GR. Harry POGNER

28.06.2007

## **A N F R A G E**

Betr.: Sozialraummanagement

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Probleme im Jugendsektor werden täglich in den Medien erörtert. Ob Drogen, Alkohol oder das Suchtverhalten der Jugendlichen im Allgemeinen wird in letzter Zeit der Bevölkerung immer deutlicher vor Augen geführt.

Die politische Referentin, von der Mann/Frau sich eine Aussage erwartet, hat sich bereits in die politische Pension verabschiedet und schweigt beharrlich.

Dafür wurde mit Nachdruck an einem anderen Projekt gearbeitet, das den Unmut aller Betroffenen mit Ausnahme der Amtsleitung und der politisch Verantwortlichen mit sich brachte.

Unter dem Titel „Sozialraumorientierung“ wurde mit deutscher Unterstützung – zugegeben ein anerkannter Fachmann – ein Konzept erarbeitet, das in Fachkreisen als „Stuttgarter Modell“ bekannt ist. Nun soll dieses Modell für Graz umgesetzt werden.

Zur Zeit scheint es aber, dass diese Umsetzung völlig an der Praxis vorbei geht. Bedienstete haben ihre Bedenken geäußert, dass sie nicht mehr gesetzeskonform arbeiten könnten. Ein Zeichen für die nunmehrige Unzufriedenheit ist, dass bereits Versetzungsgesuchen laufen und betroffene Bedienstete auch schon definitiv die Abteilung verlassen.

Um für Graz eine nachhaltige Effizienz zu erhalten, wäre es sinnvoll, wenn dieses Konzept so fertig ausgearbeitet werden würde, dass es auch von den beamteten Fachkräften mitgetragen werden kann.

Die Ausrichtung der Stadt kann doch nur sein, dass das Beste für die betroffenen Kinder und Jugendlichen, sowie auch für die Mitarbeiterinnen getan wird und daher richte ich an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP GR Clubs die

### **A n f r a g e ,**

ob Du bereit bist, mit der zuständigen Stadtsenatsreferentin Kontakt aufzunehmen, damit die Umsetzung der Sozialraumorientierung in einer Form durchgeführt wird, bis eine sinnvolle Einigung mit allen betroffenen Beteiligten erzielt werden kann.

GR. Kurt HOHENSINNER

28.06.2007

## **A N F R A G E**

Betr.: Kostenloser, kabelloser Internetzugang auf öffentlichen Plätzen – WLAN

Das Internet begleitet uns heutzutage sowohl im beruflichen als auch im privaten Leben. Einige europäische Städte setzen auf den Ausbau von kostenlosen kabellosen Internetzugang auf öffentlichen Flächen. Ziel ist es, WLAN Oasen zu schaffen, die Infrastruktur um eine neue Dienstleistungsqualität für BürgerInnen und die Wirtschaft zu bereichern und optimale Voraussetzungen für mobiles Arbeiten im Stadtgebiet zu setzen.

Gesundheitlich gibt es keine Bedenken: WLAN hat lediglich ein 20stel der Strahlung eines üblichen Mobiltelefons und kommt genauso auch in Krankenhäusern zur Anwendung.

Die Kosten pro „Hotspot“ (Sendestation) liegen bei zirka 400 Euro zuzüglich Betriebskosten.

Mit Hilfe der Stadtwerke Tochter Citycom konnte diesen April am Karmeliterplatz das erste W – LAN Pilotprojekt gestartet werden. Schon in den ersten zwei Wochen registrierte die Citycom über 60.000 Zugriffe auf das kabellose Internet.

Die Grazer Bevölkerung hat diesen Versuch eindrucksvoll angenommen und scheint bereit, für die Erschließung der anderen öffentlichen Plätze durch W – LAN.

Bei einer Finanzierung ist auch darauf zu achten, dass über die Startseite die Möglichkeit von Werbeeinschaltungen besteht. Somit würden sich die Betreiberkosten in Grenzen halten.

Daher stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

### **A n f r a g e:**

ob Du bereit bist, die zuständigen Magistratsabteilungen zu beauftragen um die schrittweise Umsetzung bzw. den Ausbau des neuen Infrastrukturmediums W-Lan auf öffentlichen Plätzen zu forcieren?



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus  
Telefon: (0316) 872-2120  
Fax: (0316) 872-2129  
email: spoe.klub@graz.at  
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Betrifft: Kulturdialog

## MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat  
von Gemeinderat Karl-Heinz Herper  
an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 28. Juni 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Bekanntlich hat sich der Grazer Gemeinderat in seinen Sitzungen vom 13.11.2003 und 2.12.2004 mit Fragen des damals neu gegründeten Grazer Kulturbeirates sowie der öffentlichen Durchführung einer jährlichen Sitzung in Form eines „Kulturdialogs“ auseinandergesetzt.

In einer Mitteilung des Bürgermeisters im vergangenen Dezember haben wir zur Kenntnis nehmen dürfen, dass auf Wunsch des Grazer Kulturbeirates der Kulturdialog 2006 verschoben wurde. In einer neuerlichen Mitteilung Mitte März 2007 wurde der Grazer Gemeinderat informiert, dass trotz zwischenzeitlicher Sistierung seiner Arbeit – es ging dabei um Querelen rund um das Musical „Dracula“ – der Kulturbeirat gedenkt, auch aufgrund einer gemeinsamen Klausur mit dem Kulturreferenten Ende Mai/Anfang Juni, diese öffentliche Sitzung für die Jahre 2006 und 2007 erst im Herbst dieses Jahres durchzuführen. Im darüber heute vorliegenden Informationsbericht wird nun von einer Abhaltung des Kulturdialogs Anfang November im Literaturhaus Graz gesprochen.

Abgesehen davon, dass vom Gemeinderatsbeschluss der Alljährlichkeit abgegangen wurde, stellt sich nun doch die Frage, wer für Richtlinien und Evaluierung im Kulturbereich letztlich die Verantwortung trägt. Auch die knappe Nähe zum bevorstehenden Gemeinderatswahltermin scheint nicht besonders geeignet zu sein, eine ergebnisorientierte und politisch unbelastete kulturpolitische Aussprache zu ermöglichen. Schließlich hat erst am 14. Juni die große liberale deutsche Wochenzeitung „Die Zeit“ in einer grundsätzlichen Kulturreportage „Kleinmut statt Visionen“ angemerkt, dass „Graz durchaus einen Ruf zu verlieren“ habe.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

**die Anfrage**

ob du sicherstellen kannst, dass der „Grazer Kulturdialog“ heuer wirklich stattfindet und wenn möglich, ein Termin so rasch als möglich nach dem Sommer gefunden wird.



Betr.: Bezirksratsantrag Jakomini/  
Befangenheit von BezirksmandatarInnen

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus  
Telefon: (0316) 872-2120  
Fax: (0316) 872-2129  
email: spoe.klub@graz.at  
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

### **MÜNDLICHE ANFRAGE**

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat  
von Herrn Gemeinderat Klaus Eichberger  
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 28. Juni 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Manchmal geschehen Dinge, die man nicht für möglich hält – zumindest nicht in unseren Breiten: Da gründet ÖVP- Bezirksvorsteher-Stellvertreter gemeinsam mit einer ÖVP-Bezirksrätin vor wenigen Wochen einen Verein – und sucht dann per Bezirksratsantrag um Subvention aus dem Bezirksbudget für diesen Verein an. Unter anderem, um eine ÖVP-Bezirksaktion mit ÖVP-Bürgermeister Nagl und ÖVP-Stadtrat Rüschi weiterzufinanzieren. So geschehen in Jakomini – in der Bezirksratssitzung am Dienstag dieser Woche, in der Herr Bezirksvorsteher-Stellvertreter Bernhard Kraxner für „seinen“ Verein, den er gemeinsam mit ÖVP-Bezirksrätin Evelyn Gröbelbauer im Mai gegründet hatte, 3000 Euro zugestanden haben wollte. Unter anderem hätte damit eine von der ÖVP Jakomini gestartete Vorgartenaktion, an der du, sehr geehrter Herr Bürgermeister und Herr Kollege Rüschi teilgenommen haben, weiterfinanziert werden sollen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
ich verstehe die Empörung im Bezirk Jakomini – denn das ohnehin „enge“ Bezirksbudget ist an sich nicht dafür gedacht, Vereine von Bezirksvorsteher-StellvertreterInnen zu finanzieren. Noch dazu, wenn der so genannte „überparteiliche und unabhängige Verein“ zwei eindeutig zurechenbare Gründungsväter bzw. Gründungsmütter hat: Nämlich den ÖVP-Bezirksvorsteher-Stellvertreter Bernhard Kraxner und die ÖVP-Bezirksrätin Evelyn Gröbelbauer.

Und wenn wir das ÖVP-Modell für Jakomini konsequent weiterverfolgen, gäbe es schier interessante, aber den Intentionen von Bezirksbudgets überaus zuwiderlaufende Möglichkeiten: Der mit absoluter Mehrheit versehene Mariatroster Bezirksvorsteher könnte einen Verein gründen – und gleich das ganze Bezirksbudget auf dessen Konten verschieben. Anderswo wiederum, wo es Arbeitsübereinkommen gibt, müssten halt das Bezirksbudget zwischen zwei oder drei von Bezirksratsmitgliedern eiligst gegründeten Vereinen geteilt werden.

Ich denke daher nicht, dass solche Modelle wie jenes der ÖVP-Jakomini dem entsprechen, wofür Bezirksbudgets eingeführt wurden. Und ich erwarte mir eigentlich, dass Herr Bezirksvorsteher-Stellvertreter Kraxner und Frau Bezirksrätin Gröbelbauer die Konsequenzen ziehen und freiwillig zurücktreten bzw. von der Grazer ÖVP-Spitze zu einem solchen Schritt aufgefordert werden.

Unabhängig von diesen logischen personellen Konsequenzen stelle ich aber an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

**die Anfrage,**

1. ob dir und Stadtrat Gerhard Rüschi bekannt war, auf welche Art und Weise die ÖVP-Vorgarten-Aktion in Jakomini weiterfinanziert werden sollte und
2. ob du bereit bist, die Magistratsdirektion prüfen zu lassen, inwieweit in dieser konkreten Angelegenheit durch ÖVP-Bezirksvorsteher-Stellvertreter Bernhard Kraxner und ÖVP-Bezirksrätin Evelyn Gröbelbauer die Grundsätze der Befangenheit bzw. andere einschlägige Bestimmungen der Geschäftsordnung für die Bezirksräte bzw. das Statut der Stadt Graz verletzt wurden und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind.



Betr.: Günstigere Grüne Zonen-Tarife  
für HeimgärtnerInnen

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus  
Telefon: (0316) 872-2120  
Fax: (0316) 872-2129  
email: spoe.klub@graz.at  
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

### **MÜNDLICHE ANFRAGE**

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat  
von Herrn Gemeinderat Klaus Eichberger  
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 28. Juni 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Mit 4. Juni dieses Jahres wurde bekanntlich in Graz mit der Einrichtung von „Grünen Zonen“ begonnen. In einer ersten Etappe, ehe die Evaluierungen anlaufen, sind insgesamt sieben solcher „Grünen Zonen“ vorgesehen, in denen BewohnerInnen, UnternehmerInnen und DienstnehmerInnen zu vergünstigten Tarifen parken können, nämlich um vier Euro pro Monat.

Leider wurde jedoch, was diese Vergünstigungen betrifft, auf eine Bevölkerungsgruppe vergessen: auf die HeimgärtnerInnen. Diese müssen, sofern ihre Heimgärten im Bereich der „Grünen Zonen“ liegen, für das Parken 60 Cent pro Stunde bezahlen – denn sie fallen nicht unter die Kategorie BewohnerInnen. Und das, obwohl ihre Heimgärten, für die sie Pachtverträge haben, quasi fast einen zweiten Wohnsitz darstellen. Vor allem aber ist zu bedenken, dass Heimgärten für viele Grazerinnen und Grazer der Ort der wichtigste Erholung, die grüne Oase darstellen und dass es sich bei HeimgärtnerInnen nicht um Menschen handelt, die über einen derartigen finanziellen Rückhalt verfügen, dass sie sich Villen leisten können, dass sich ihr Grünraum rund um ihr Eigenheim befindet.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage,

ob du bereit bist, auf den zuständigen Ressortverantwortlichen einzuwirken, damit auch die HeimgärtnerInnen in jenen Bereichen, in denen Heimgärten in Grünen Zonen liegen, in den Genuss der ermäßigten Parktarife kommen.

# KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
Tel: 0316 / 872 2151  
0316 / 872 2152  
0316 / 872 2153  
Fax: 0316 / 872 2159  
Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Graz, am 28. Juni 2007

Gemeinderätin: Elisabeth Zeiler

## Anfrage an den Bürgermeister

Betreff:        Unbeantwortete Anfragen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Vor mittlerweile über einem Jahr, im April 2006, bat ich Sie, mir mitzuteilen, ob Gastgärten auf öffentlichem Grund, welche nach den Bestimmungen des § 112 Abs. 3 GewO betrieben werden, auch einer gewerberechtlichen Genehmigungspflicht nach § 74 GewO unterliegen oder ob für den Betrieb eines Gastgartens auf öffentlichem Gut vom Betreiber lediglich eine straßenrechtliche Bewilligung (Straßenamt) erforderlich ist.

Ebenso bat ich Sie, mir bitte jene gesetzliche Bestimmung zu nennen, auf Grund welcher die erforderlichen Abräumarbeiten in Gastgärten im unmittelbaren Anschluss nach dem Ende der täglichen Offenhaltezeit erfolgen dürfen.

Auf beide Fragen erhielt ich nie eine Antwort.

Ebensowenig erhielt ich eine Antwort auf meinen Antrag betreffend Erhebungs- und Ermittlungsverfahren bei Gastgärten. Die Dringlichkeit wurde seinerzeit mit dem Hinweis, dass schon am nächsten Tag eine Arbeitsbesprechung sei, nicht zuerkannt. Etwa zwei Monate nach meiner Antragstellung wurde eine Verordnung zu den Öffnungszeiten von Gastgärten erlassen, die in keiner Weise auf die ungeklärten rechtlichen Fragen einging, die eben auch bis heute unbeantwortet geblieben sind. Etwas irritiert war ich über ein Schreiben vom März diesen Jahres, dass mir als „Zusatzinformation“ mitteilte, „dass der Stadtsenat der Landeshauptstadt Graz eine diesbezügliche Verordnung bezüglich der Öffnungszeiten für Gastgärten bereits beschlossen hat.“ Wohlgemerkt: Ein knappes Jahr nach Erlassung der Verordnung. Und ganz so als hätte ich den Antrag nach Erlassung der Verordnung gestellt.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

### **Anfrage:**

Welche Vorgangsweise schlagen Sie mir vor, um Antworten auf meine Fragen zu bekommen?

# KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
Tel: 0316 / 872 2151  
0316 / 872 2152  
0316 / 872 2153  
Fax: 0316 / 872 2159  
Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Graz, am 28. Juni 2007

Gemeinderätin: Mag.<sup>a</sup> Ulrike Taberhofer

## **Anfrage an den Bürgermeister**

**Betreff: Erhalt der Bäume in der Justizanstalt Karlau**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Justizanstalt Karlau soll umgebaut werden. Aus diesem Grund sind drei Bäume im Eingangsbereich in Gefahr. Sie sind über 30 Jahre alt und da zwei von ihnen exotischer Herkunft sind, nämlich chinesische Blauglockenbäume, sind sie besonders schützenswert. In diesem Zusammenhang bin ich ersucht worden, den Protest der GLB-Exekutive-Sektion Justizwache aufzugreifen und das Problem auch im Gemeinderat einzubringen.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

### **Anfrage:**

Sind Sie bereit, die zuständigen Stellen anzuweisen, entsprechend der Baumschutzverordnung den Erhalt der Bäume zu sichern?

### **Anfrage an den Bürgermeister**

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 28.6.2007  
von Klubobfrau Sigi Binder

*Betrifft: Brunnen am St.Peter Bauernmarkt*

Anlässlich einer Benefizveranstaltung wurde von der Stadt Graz ein Brunnen ersteigert und dem Bezirk St.Peter versprochen. Nach längerer Zeit erst wurde mit der, mit der Verlängerung der Linie 6 einhergehenden, Neugestaltung des Bauernmarktes ein geeigneter Standort für den Brunnen gefunden. In der Zwischenzeit aber hatten Sie, Herr Bürgermeister ohne das mit dem Bezirksrat in St.Peter abzusprechen, den Brunnen dem Bezirk Liebenau geschenkt. Der Bezirk St.Peter musste sich um einen anderen Brunnen kümmern, der nun am 23.6.2007 im Rahmen einer Feierlichkeit ihrer Fraktion - ohne Einladung der übrigen Bezirksratsfraktionen – eingeweiht wurde.

Ihre Großzügigkeit gegenüber dem Bezirk Liebenau hat nun einiges an Kosten für den Bezirksrat in St.Peter verursacht, denn die Kosten für den neuen Brunnen in St.Peter werden sich jährlich auf rund 25.000 Euro belaufen. Da sind die laufenden Kosten noch nicht eingerechnet. Für den Bezirksrat in St.Peter, der jährlich mit lediglich 8.000 Euro das Auslangen finden muss ist dieser Betrag nicht leistbar.

Daher meine Anfrage an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

welche Möglichkeiten einer Lösung für die Finanzierung des Brunnens in St.Peter sehen Sie?

### **Anfrage an den Bürgermeister**

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 28.6.2007  
von Klubobfrau Sigi Binder

*Betrifft: Antidiskriminierung*

Die Int. Städtekoalition gegen Rassismus, der auch Graz beigetreten ist, setzt sich zum Ziel in den Städten mit großer Wachsamkeit die Ursachen von Rassismus zu erforschen, von Rassismus betroffene Menschen zu ermächtigen, sich mit rechtlichen Mitteln zur Wehr zu setzen, Konfliktmediation bereit zu stellen und rassistische Straftaten wirksam rechtlich zu bekämpfen.

In der letzten Gemeinderatssitzung haben Sie auf unsere Anfrage hin zugesagt überprüfen zu wollen, inwieweit eine Streichung der Parteienförderung für wahlwerbende Parteien, welche die Kriterien der Menschenrechtstadt und der Internationalen Städtekoalition missachten, rechtlich machbar ist.

Daher meine Anfrage an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

- wie weit sind Sie in ihren Bemühungen bis heute gekommen?
- sind Sie bereit die nächste Ausgabe der BürgerInneninformation Graz in Zusammenarbeit mit den anderen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen - mit Ausnahme der FPÖ – ausschließlich dem Thema Antirassismus zu widmen oder
- in einer gemeinsamen Pressekonferenz aller im Gemeinderat vertretenen Parteien – mit Ausnahme der FPÖ – den gemeinsamen Willen der Stadt Graz im Hinblick auf einen fairen Wahlkampf kundzutun?

### **Anfrage an den Bürgermeister**

eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 28.6.2007  
von GRin Lisa Rücker

#### *Betrifft: Vorbereitung auf die Gemeinderatssitzung*

Eine seriöse Vorbereitung auf die Gemeinderatssitzungen und Ausschüsse ist in den letzten Monaten durch kurzfristiges und hektisches Einlangen wichtiger Stücke und ihrer ständigen Änderungen immer schwieriger geworden. Die unübersichtliche Versendung der Unterlagen und Termininformationen an oft unterschiedliche VerteilerInnen per Email tut das ihre dazu.

Hinzu kommt, dass die Dichte an Entscheidungen dadurch gestiegen ist, dass auf 2 Sitzungen pro Jahr gänzlich verzichtet wurde. Umso grotesker wirkt es, wenn dann die Regierungsparteien in Anbetracht der langen Tagesordnung mit der Bitte an uns herantreten, möglichst keine Dringlichen Anträge einzubringen und dann selbst mit Anträgen, die ureigenste Regierungsarbeit betreffen, den Gemeinderat blockieren. Was bleibt, sind weitreichende und finanziell bedeutsame Gemeinderatsbeschlüsse, die in einem Eiltempo durch die Ausschüsse gejagt und letztendlich im Block abgestimmt werden.

Als Mitglied des Gemeinderates frage ich mich, wie das höchste Gremium der Stadt Graz verantworten soll, auf diese Art und Weise Entscheidungen für die Stadt Graz zu treffen.

Daher stelle ich die Anfrage an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

- sind Sie als Bürgermeister mit dem derzeitigen Ablauf der Vorbereitungen auf die Gemeinderatssitzungen zufrieden und wenn nicht,
- was werden Sie verändern, um hinkünftig gute und qualitätsvolle Entscheidungen des Gemeinderates zu gewährleisten?

Gemeinderat  
**Mag. Harald Korschelt**

Herrn  
Bürgermeister  
Mag. Siegfried Nagl  
Rathaus  
8010 Graz

Mittwoch, 27. Juni 2007

**Betreff: Fahrrad-Check; mündliche Anfrage**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Wahrscheinlich hätten sich weder Freiherr Carl Drais von Sauerbronn, der 1817 die erste lenkbare "Schnellaufmaschine" konstruierte, noch Andre Guilmet, der 1869 den Tretkettenantrieb und somit das Fahrrad wie wir es heute kennen erfand, zu ihrer Zeit träumen lassen, welchen gigantischen Siegeszug das Fahrrad antreten wird. Tatsache ist, dass das Fahrrad heutzutage weit mehr als nur ein Fortbewegungsmittel ist. Neben dem Gesundheitsaspekt für Körper und Psyche jedes einzelnen Radfahrers spielt der gute alte Drahtesel auch eine wichtige Rolle für die Umwelt und somit auch für die Lebensqualität in der Stadt Graz.

Die Technische Universität Graz hat nun eine sehr gute und nachahmenswerte Initiative gesetzt. Allen Bediensteten wurde ein Fahrrad-Check kostenlos angeboten. Ein Viertel der gesamten Belegschaft – an die 400 Mitarbeiter – nutzte dieses Angebot, um das Fahrrad überprüfen und gegebenenfalls in Stand setzen zu lassen. Ein funktionstüchtiges Fahrrad stellt einen großen Anreiz dar, mit diesem auch den täglichen Weg zur Arbeit zu nehmen. Als verantwortungsvolle Kommunalverwaltung sollte der Magistrat Graz, der an die 4.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, meines Erachtens nach diesem Beispiel folgen und ebenfalls einen Fahrrad-Check anbieten. Die Umwelt und die Gesundheit unseres Personals sollten uns diese Investition allemal wert sein.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

**A n f r a g e ,**

**ob Sie bereit sind überprüfen zu lassen ob und wenn ja in welcher Art und Weise ein solcher Fahrrad-Check für die Bediensteten des Magistrates Graz durchgeführt werden könnte?**

Gemeinderätin  
**Dr. Andrea Sickl**

Herrn  
Bürgermeister  
Mag. Siegfried Nagl  
Rathaus  
8010 Graz

Mittwoch, 27. Juni 2007

Betr.: **Familienallianz**; mündliche Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Vom Bundesministerium für Gesundheit Familie und Jugend wurde die sogenannte Familienallianz ins Leben gerufen. Die Familie & Beruf Management GmbH bietet viele Leistungen für Unternehmen, Gemeinden und innovative Kinderbetreuungseinrichtungen an. Eine der wichtigsten Herausforderungen für die österreichische Familienpolitik, aber auch für die österreichische Wirtschaft ist die Vereinbarkeit von Familie & Beruf.

Das Audit familien- und kinderfreundliche Gemeinde ist ein spezifisches Angebot an österreichische Gemeinden. Ziel ist es, familien- und kinderfreundliche Maßnahmen in der Gemeinde zu erkennen und weitere zu forcieren. Im Rahmen eines strukturierten Prozesses, an dem alle relevanten Personen und Organisationen teilnehmen, wird ein Status Quo an familien- und kinderfreundlichen Maßnahmen der Region erhoben.

Daraufhin wird ein Maßnahmenkatalog zur Ausweitung der bestehenden Aktivitäten und Verbesserung der Rahmenbedingungen erstellt. Die gesetzten Ziele sind innerhalb von drei Jahren umzusetzen. Nach Abschluss dieses Prozesses erfolgt eine externe Begutachtung, durch welche die Richtigkeit des Verfahrens und die Qualität der vorgenommenen Ziele überprüft werden.

Die teilnehmende Gemeinde wird nach abgeschlossener Auditierung vom Bundesministerium ausgezeichnet.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher die

**A n f r a g e ,**

**ob Sie dazu bereit sind zu veranlassen, dass die Stadt Graz als Familien- und Kinderfreundliche Gemeinde an dieser Auditierung teilnimmt?**